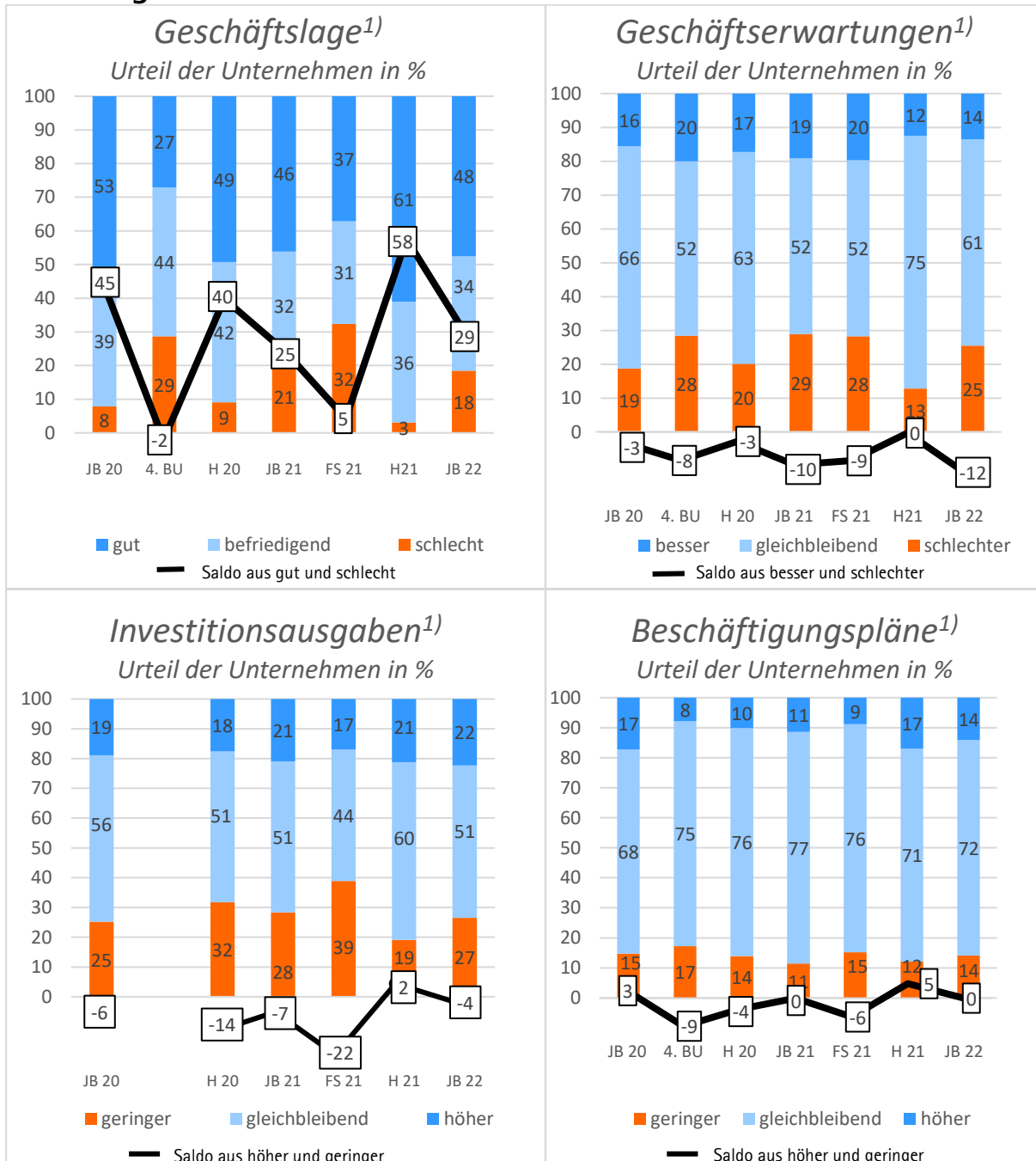


## Ergebnisse Konjunkturumfrage der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern

### Jahresbeginn 2022



<sup>1)</sup> Abweichungen der Summen von 100 ergeben sich durch die Rundungen auf ganze Zahlen.

## Regionale Wirtschaft fährt auf Sicht

Für die aktuelle Konjunkturumfrage wurden die Unternehmen in der IHK-Region im Zeitraum vom 20. Dezember 2021 bis 21. Januar 2022 befragt.<sup>1</sup> Während bei der Vorumfrage vom Herbst 2021 (H 21) die Unternehmen nur relativ geringen pandemiebedingten Einschränkungen ausgesetzt waren und aufgrund der Impfungen zuversichtlich auf die kommenden Monate blickten, können nun erneut viele Unternehmen nur eingeschränkt ihrer Geschäftstätigkeit nachgehen und sind ohne klare Perspektive für die kommenden Monate. **Dementsprechend schlechter fällt die Beurteilung der Geschäftslage aus. Der Saldo zwischen „gut“ und „schlecht“ -Meldungen ist von 58 auf 29 Prozentpunkte gefallen und der Erwartungssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „besser“ und „schlechter“-Meldungen) erreicht mit -12 Prozentpunkten den seit Pandemiebeginn niedrigsten Stand. Jedes vierte Unternehmen erwartet für die kommenden 12 Monate eine ungünstigere Geschäftsentwicklung.**

Zur schlechteren Beurteilung der Geschäftslage tragen besonders die Einschränkungen im Gast- und Reisegewerbe, im stationären Einzelhandel, den körpernahen Dienstleistungen und in der Veranstaltungswirtschaft bei. Aber auch von den anderen Branchen wird die Lage schlechter eingeschätzt als noch zur Herbstumfrage. Coronabedingt ausfallende Mitarbeiter, Lieferengpässe und starke Preissteigerungen bei Rohstoffen und Energie belasten die Geschäfte und beeinträchtigen die Gewinne. Der Gewinnlagesaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „gut“ und „schlecht“ -Meldungen) ist von +35 Prozentpunkten in der Vorumfrage auf nun 6 Prozentpunkte gefallen. Daher überrascht es nicht, dass die Unternehmen von einer verschlechterten Finanzlage berichten. Nur noch 61 % (H 21: 76 %) der Unternehmen halten ihre Finanzlage für unproblematisch. 27 % (H 21: 19 %) der Unternehmen klagen über Eigenkapitalrückgang und 14 % (H 21: 7 %) über Liquiditätsengpässe.

**Die pessimistischen Erwartungen sind auf die hohe Planungsunsicherheit zurückzuführen.** Nach immer wieder neuen Überraschungen bei der pandemischen Entwicklung ist die Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und die zukünftigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sehr hoch. Unternehmen und Konsumenten sind vorsichtig und halten sich mit Aufträgen, Bestellungen und Buchungen zurück. Zusätzlich verringern Lieferengpässe bei Rohstoffen, Vorprodukten und Waren die Planbarkeit. 58 % der Unternehmen klagen über längere Wartezeiten, 23 % können bestehende Aufträge nicht abarbeiten und 9 % müssen neue Aufträge ablehnen. Infolge der Lieferengpässe steigen die Preise für knappe Produkte. Dass sich die Lieferkettenprobleme bald lösen werden, erwarten nur wenige Unternehmen. 18 % rechnen damit für das Jahr 2023, aber fast die Hälfte der Unternehmen wagt keine Prognose. Diese große Unsicherheit bzgl. der Versorgung mit Rohstoffen, Vorprodukten und Waren und die stark gestiegenen Energiepreise haben zur Folge, dass **69 % der Unternehmen in der Rohstoff- und Energiepreisentwicklung das größte Geschäftsrisiko sehen.** Der Fachkräftemangel ist an die zweite Stelle gerückt, wird damit aber ähnlich oft als Geschäftsrisiko genannt wie vor der Pandemie. 41 % der Unternehmen beklagen, dass sie offene Stellen längerfristig nicht besetzen können (H 21: 45 %).

Die schlechtere Beurteilung der Geschäftslage und die pessimistischeren Erwartungen gegenüber der Umfrage vom Herbst 2021 führen zu einem **kräftigen Rückgang des Konjunkturklimaindexes von 125 auf 107 Indexpunkte (Abb. 1).**<sup>2</sup> Sollte die Pandemie zu einem schnelleren Ende kommen oder sich die Lieferkettenprobleme zügiger auflösen, als es die Unternehmen im Umfragezeitraum erwartet haben, würde sich die Stimmung unter den Unternehmen sicherlich rasch verbessern.

**Die aktuell negativen Erwartungen der Unternehmen bremsen ihre Investitionsbereitschaft.** Der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben zu reduzieren planen, ist gegenüber der Vorumfrage gestiegen, so dass der Investitionssaldo (Differenz der prozentualen Anteile aus „höher“ und „geringer“-Meldungen) von +2 auf -4 Prozentpunkte gefallen ist. Außerdem geben wieder mehr Unternehmen an, keine Investitionen zu planen (JB 22: 18 %, H 21: 11 %). Als Investitionsmotiv hat Umweltschutz an

<sup>1</sup> Für die Konjunkturumfrage wurden 851 Unternehmen befragt, geantwortet haben davon 320. Sie verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie, Bau, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Gastgewerbe.

<sup>2</sup> Der Konjunkturklimaindikator kann Werte von 0-200 annehmen und lag im Mittel der letzten 10 Jahre bei 118 Indexpunkten.

Bedeutung gewonnen. Erstmals geben 20 % der Unternehmen Umweltschutz als Hauptmotiv an. Dennoch spielen die anderen Investitionsmotive, insbesondere Kapazitätserweiterungen, noch eine größere Rolle für die Investitionsentscheidungen der Unternehmen der Region.

Auch die Erwartungen der Unternehmen bzgl. der Entwicklung ihrer Belegschaft haben sich wieder eingetrübt. Etwa gleich viel Unternehmen gehen von einer steigenden wie sinkenden Mitarbeiterzahl aus.

Abb. 1

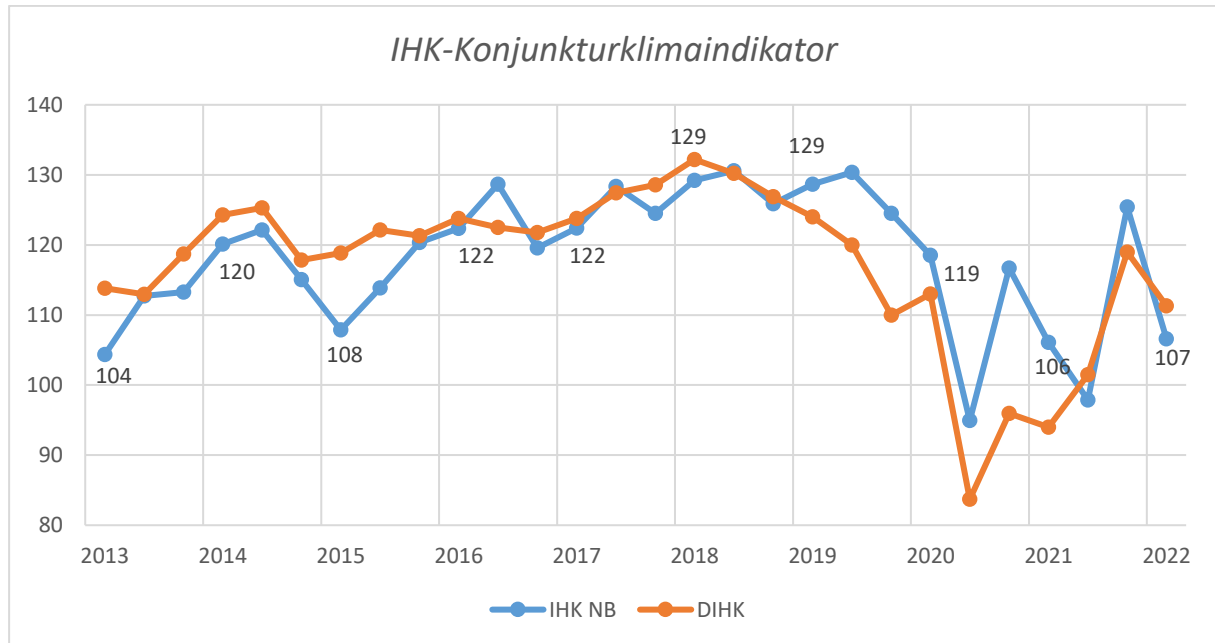
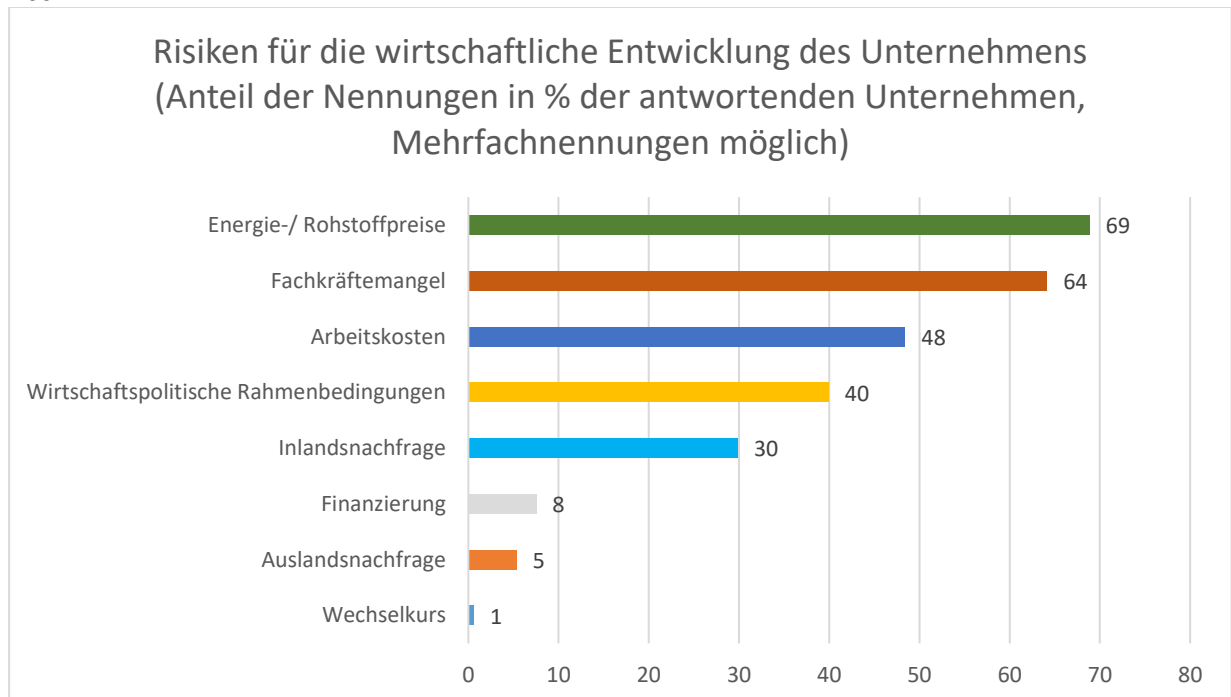


Abb. 2



## Die Entwicklung in den Branchen

In der Industrie bezeichnen 92 % der Unternehmen ihre Lage als „gut“ oder „befriedigend“. Im Umgang mit der Pandemie hat sich eine gewisse Routine eingestellt, obwohl die betrieblich zu ergreifenden Coronamaßnahmen nach wie vor eine große Herausforderung für die Unternehmen darstellen. Gegenüber der Herbstumfrage 21 hat sich die Situation allerdings verschlechtert. Der Lagesaldo ist von 59 auf 47 Prozentpunkte zurückgegangen (Abb. 3). 84 % der Industrieunternehmen geben an, stark oder mittelmäßig von Lieferschwierigkeiten, wie Wartezeiten, Engpässen oder Nichtverfügbarkeit betroffen zu sein (Abb. 4). Zum Teil müssen sie, wenn Liefertermine nicht eingehalten werden können, Vertragsstrafen entrichten. 29 % der Unternehmen geben an, bestehende Aufträge nicht abarbeiten zu können. Von Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Waren sind 84 % der Unternehmen stark, 8 % in mittlerem Umfang betroffen (Abb. 5). Sie können nur zum Teil an die Kunden weitergegeben werden, so dass 91 % der Industrieunternehmen Ertragseinbußen erleiden. Nichtverfügbarkeiten und Preisveränderungen bei Rohstoffen und Vorprodukten erhöhen außerdem den Planungsaufwand der Industrieunternehmen und belasten auch dadurch die Erträge. Der Gewinnlagesaldo ist dementsprechend von 28 auf 16 Prozentpunkte gegenüber der Vorumfrage gefallen. Die Finanzlage der Unternehmen wird beeinträchtigt. Klagen über Liquiditätsengpässe (JB 22: 14 %; H 21: 8 %) und erschwerten Zugang zu Fremdkapital (JB 22: 8 %, H 21: 0 %) haben zugenommen.

Eine rasche Normalisierung der Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten erwarten nur wenige Industrieunternehmen. Die Hälfte rechnet damit in der 2. Jahreshälfte oder sogar erst im Verlauf von 2023. Für 84 % der Industrieunternehmen ist daher die Rohstoff- und Energiepreisentwicklung das größte Risiko für die Geschäftsentwicklung in den kommenden 12 Monaten. Das schlägt sich in den Geschäftserwartungen nieder. Der Erwartungssaldo ist auf -13 Prozentpunkte (H 21: +11 Prozentpunkte) gefallen. Angesichts des Materialmangels nützt es wenig, dass 61 % der Industrieunternehmen – so viele wie zuletzt vor Pandemiebeginn – von einer guten Auftragslage berichten.

Angesichts der gegenüber der Herbstumfrage deutlich pessimistischeren Erwartungen, ist die Investitionsbereitschaft nur moderat zurückgegangen (Investitionssaldo JB 22: -3 Prozentpunkte, H 21: +3 Prozentpunkte). Auch die geplanten Investitionshöhen liegen nur wenig unter denen der Vorumfrage. Hier könnte eine Rolle spielen, dass die nach wie vor niedrigen Kreditzinsen Anreize setzen, noch in diesem Jahr zu investieren. Neben Ersatzinvestitionen sind vor allem Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen vorgesehen. Jedes vierte Unternehmen investiert in den Umweltschutz.

Während wie in der Vorumfrage 16 % der Unternehmen von einer steigenden Mitarbeiterzahl in den kommenden 12 Monaten ausgehen, erwarten mehr Unternehmen (JB 22: 21 %, H 21: 14 %) eine schrumpfende Belegschaft. Der Arbeitskräftemangel ist etwas weniger drückend als noch im Herbst 2021: Offene Stellen bleiben seltener unbesetzt und mehr Unternehmen haben aktuell keinen Personalbedarf.

43 % der befragten Industrieunternehmen tätigen Exporte. Auch die Nachfrage aus dem Ausland ist zurzeit kein Hemmschuh. Die Anzahl an Unternehmen, die von steigenden Exporten ausgeht, überwiegt diejenige mit sinkenden Exporterwartungen.

Abb. 3

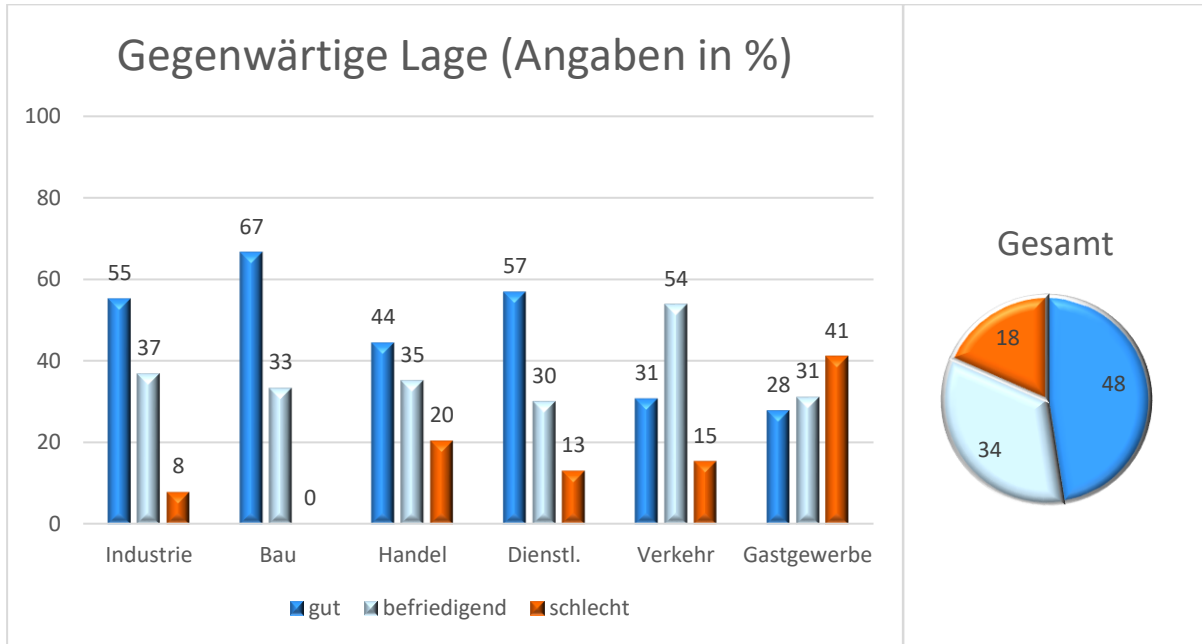


Abb. 4

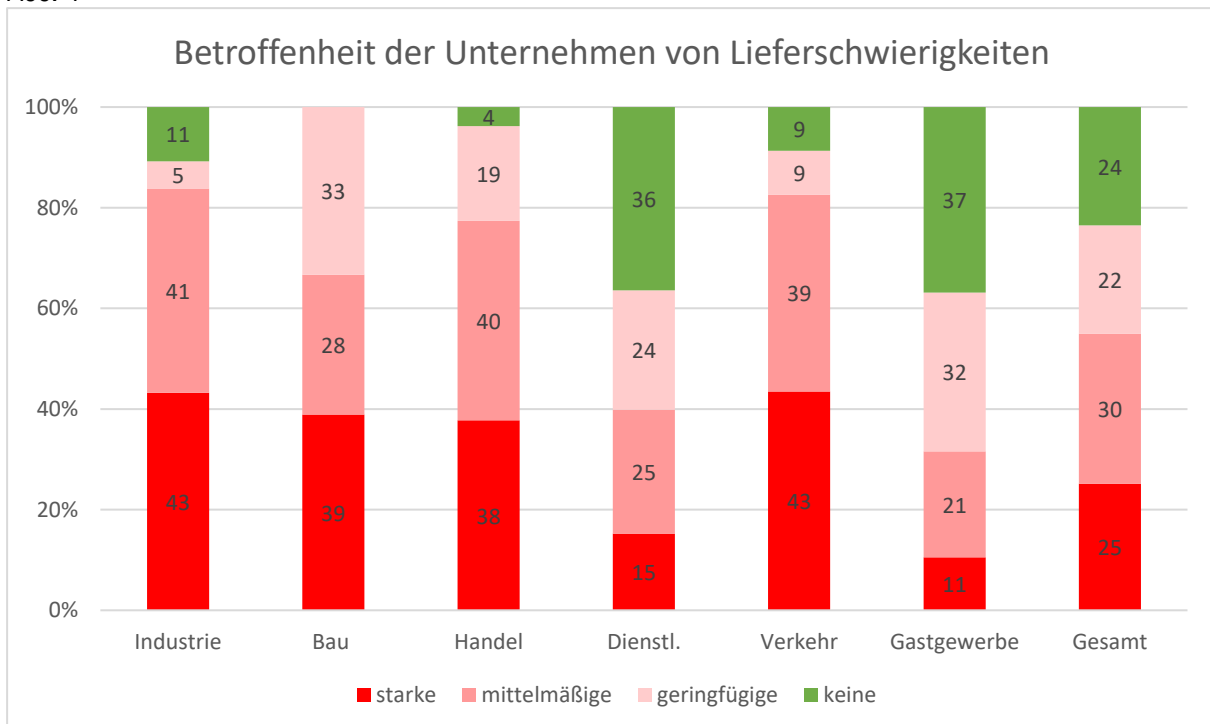
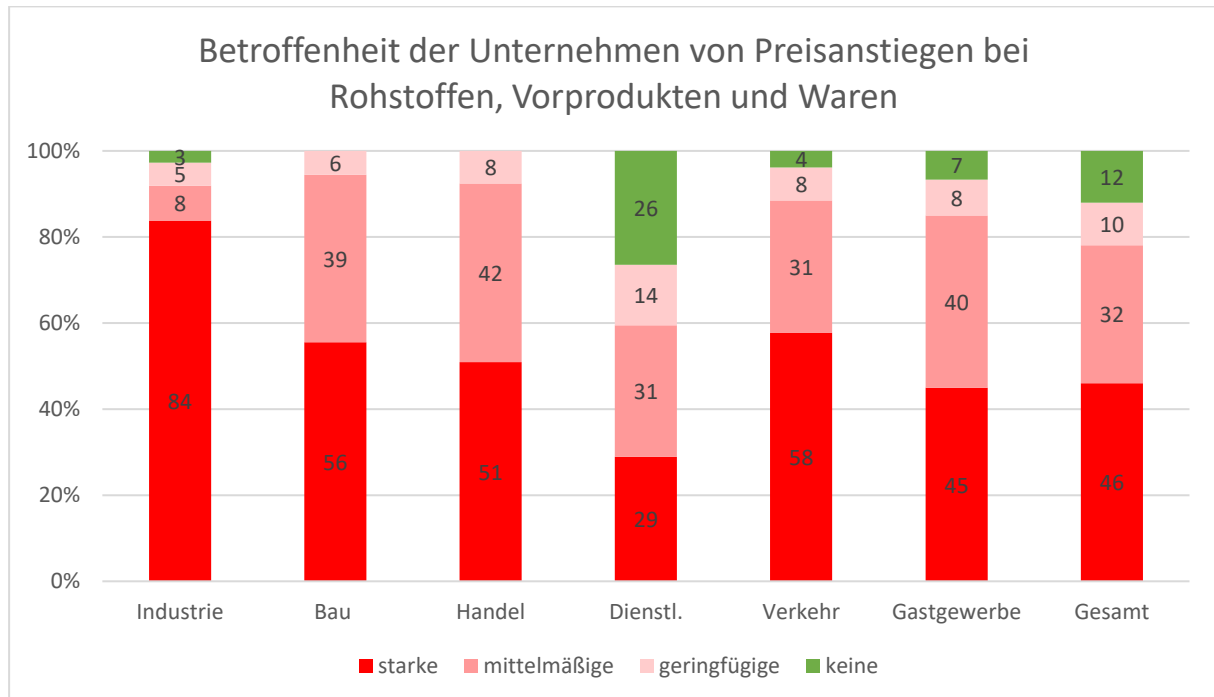


Abb. 5

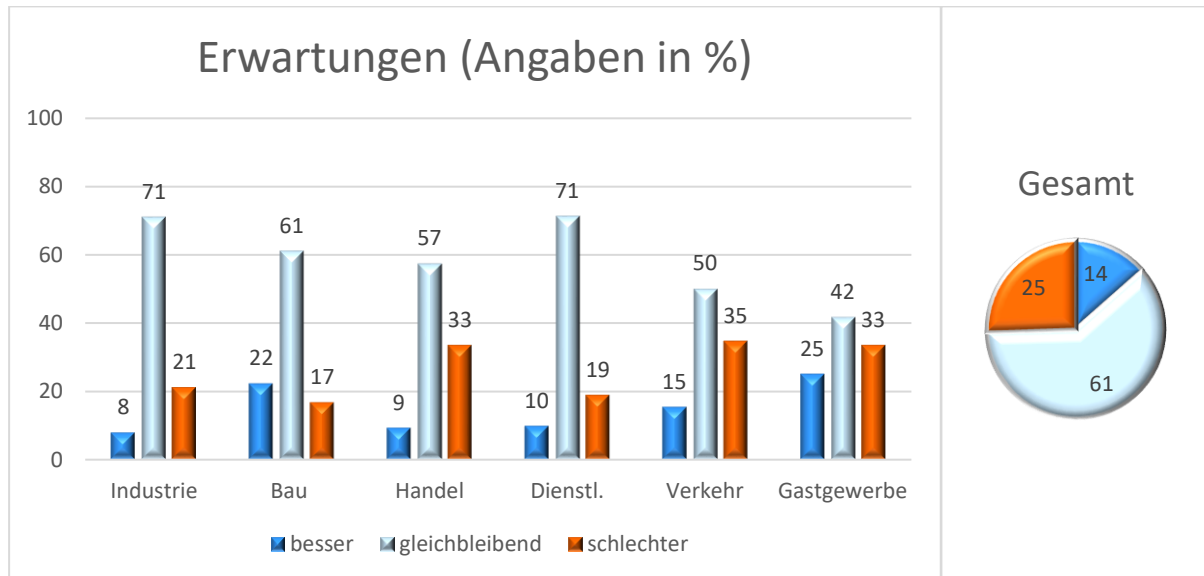


Die Geschäftslage wird von den **Bauunternehmen** zwar nicht mehr so positiv beurteilt wie bei den Vorumfragen, doch immer noch berichtet kein Unternehmen von „schlechten“ Geschäften. Deutlich negativer als bei der Vorumfrage stellt sich offenbar die Gewinnsituation der Unternehmen dar. Weniger Unternehmen halten ihre Gewinnlage für „gut“ und mehr für „schlecht“, so dass der Gewinnlagesaldo von 61 auf 28 Prozentpunkte gefallen ist. Grund für diesen Rückgang sind auch hier Probleme mit den Lieferketten und Preisanstiege bei Baustoffen, von denen die Bauunternehmen ausnahmslos betroffen sind. Aufgrund der längeren Wartezeiten können bestehende Aufträge nicht abgearbeitet werden, der Planungsaufwand der Unternehmen steigt. 61 % der Unternehmen berichten von steigenden Kosten und Ertragseinbußen. Wenn auch für 83 % der Unternehmen die Rohstoff- und Energiepreisentwicklung zu den größten Geschäftsrisiken in den kommenden 12 Monaten zählt, erwarten sie doch gegenüber dem Status Quo eine gewisse Entspannung. 17 % erwarten sie bis zum Ende der 1. Jahreshälfte und 11 % für die 2. Jahreshälfte 2022. So ist es verständlich, dass sich die Erwartungen der Bauunternehmen für die kommenden 12 Monate gegenüber der Vorumfrage verbessert haben, zumal da die Auftragslage weiterhin von fast allen Unternehmen als „gut“ oder „befriedigend“ bezeichnet wird. Der Erwartungssaldo ist von - 11 auf +6 Prozentpunkte gestiegen.

Dass er nicht noch besser ausfällt, liegt am Fachkräftemangel, den ebenfalls 83 % der Unternehmen als Geschäftsrisiko nennen. Zwar können aktuell nur gut zwei Drittel der Unternehmen (H 21: 74 %) offene Stellen nicht besetzen und 28 % (H 21: 16 %) haben keinen Personalbedarf, dies wird sich aber ändern, sobald die Lieferkettenprobleme sich aufzulösen beginnen.

Die Investitionsbereitschaft im Baugewerbe hat nachgelassen, so dass der bei der Vorumfrage noch ausgeglichene Investitionssaldo nun bei -17 Prozentpunkten liegt. Neben Ersatzinvestitionen sind Erweiterungsinvestitionen und Investitionen in Produktinnovationen vorgesehen.

Abb. 6



Im Handel hat sich die Lage inzwischen wieder erheblich verschlechtert. Der Ausschluss aller Ungeimpften vom Betreten der Geschäfte des nicht alltäglichen Bedarfs seit Anfang Dezember und die Absage der Weihnachtsmärkte haben das Weihnachtsgeschäft des stationären Einzelhandels schwer beeinträchtigt. Auch wird das Einkaufsvergnügen durch Vorzeigepflichten und die Maskenpflicht geschmälert. 23 % der Unternehmen bezeichnen ihre Gewinnlage als „schlecht“ und im Wesentlichen sind es diese Unternehmen, die nun auch ihre Geschäftslage als „schlecht“ einschätzen. Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe machen ihnen zu schaffen. Als „gut“ bezeichnen nur noch 44 % (H 21: 56 %) der Händler ihre Lage. Die positiven Stimmen kommen aus dem der Bauwirtschaft zuliefernden Großhandel und aus dem Einzelhandel mit Lebensmitteln, IT-Gütern und langlebigen Gebrauchsgütern wie Küchen und Möbeln. 38 % der Händler bieten digitale Vertriebskanäle an. 55 % dieser Händler erzielten 2021 bis zu 10 % ihres Umsatzes auf digitalen Vertriebswegen. Einen Umsatzanteil digitaler Vertriebswege zwischen 10 und 25 % erreichten 15 % der Händler. Weitere 15 % geben an, dass sie über 75 % ihres Umsatzes auf digitalen Vertriebswegen erzielt haben.

Auf die kommenden 12 Monate schauen die Händler mit Sorge. Der Anteil an Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage erwarten, ist von 20 % auf 33 % gestiegen. Die Unsicherheit über die zukünftigen Coronabeschränkungen im Einzelhandel macht es ihnen unmöglich, ihren Einkauf z. B. für die kommende Winterware zu planen. Außerdem ist auch der Handel von Lieferschwierigkeiten betroffen. 83 % der Unternehmen klagen über längere Wartezeiten. 92 % sind mit mittelmäßigen bis starken Preissteigerungen beim Wareneinkauf konfrontiert. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat keine Vorstellung darüber, wann sich die Lieferkettenprobleme wieder auflösen. Auch im Handel wird die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als größtes Geschäftsrisiko betrachtet. Kostensteigernd wird in diesem Jahr auch die Erhöhung des Mindestlohns auf die angekündigten 12 € wirken. Knapp die Hälfte der Unternehmen sieht in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko.

Die schlechtere wirtschaftliche Lage und die unsicheren Erwartungen dämpfen die Investitionsbereitschaft der Händler, so dass der Investitionssaldo von +12 im Herbst 21 auf jetzt 0 Prozentpunkte gefallen ist. Fast ein Viertel der Handelsunternehmen plant keine Investitionen. Im Vergleich zum Durchschnitt der Branchen spielen Rationalisierungs- und Umweltschutzinvestitionen eine größere Rolle.

Aufgrund der doch wieder die Kundschaft stark beschränkenden Coronamaßnahmen haben viele Unternehmen ihre schon bei der Herbstumfrage angekündigten Pläne zum Einstellen neuer Mitarbeiter revidiert. Fast zwei Drittel der Unternehmen haben zurzeit keinen Personalbedarf und nur 23 % der Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen nicht besetzen können.

Abb. 7

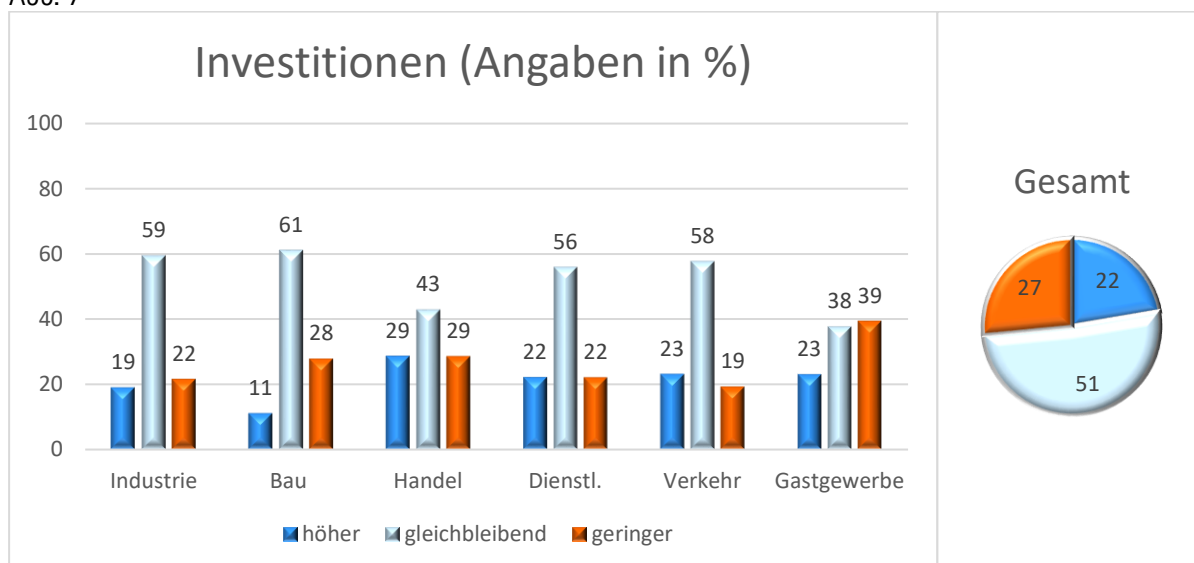
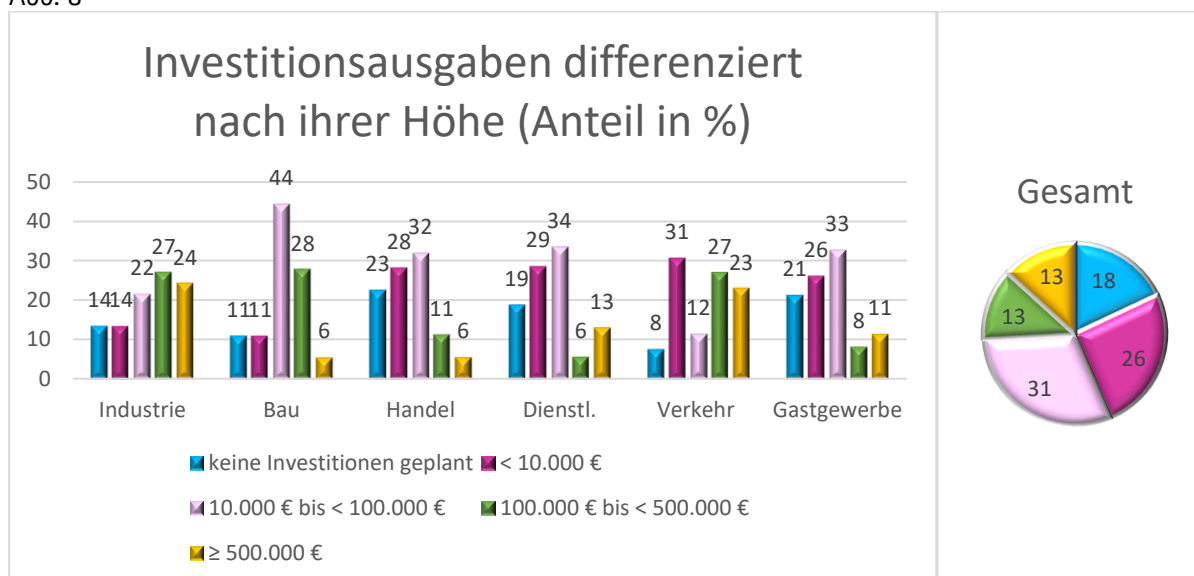


Abb. 8



Die Lage in der sehr heterogenen Gruppe der Dienstleistungsunternehmen hat sich ebenfalls eingetrübt. Ab Anfang Dezember durften Veranstaltungen wie Konzerte, Messen oder auch Weihnachtsmärkte nicht mehr stattfinden. Die Veranstaltungswirtschaft musste somit erneut starke Einbußen hinnehmen. Reisen ist erschwert durch verschiedene „G“-Regeln im Öffentlichen Fernverkehr, im Gastgewerbe und bei Reisen ins Ausland, so dass den Reisebüros Kundschaft wegbleibt. Körpernahe Dienstleistungen, wie Fitnessstudios durften im Befragungszeitraum nur unter „2G+“ operieren. Aber es gibt auch Branchen, die ihre Dienstleistungen im Wesentlichen von Corona unbeeinträchtigt anbieten können. Dazu gehören vor allem das Finanz- und Versicherungsgewerbe, die Immobilienwirtschaft und die IT-Wirtschaft.

30 % der Dienstleistungsanbieter geben inzwischen an, digitale Vertriebskanäle zu nutzen. Bei Versicherungsmaklern liegt dieser Anteil deutlich höher und auch Reisebüros bieten überdurchschnittlich häufig digitale Vertriebskanäle an.

Über alle Dienstleistungsbranchen hinweg ist der Gewinnlagesaldo von 44 auf 23 Prozentpunkte zurückgegangen und wieder mehr Unternehmen klagten über Eigenkapitalrückgang und Liquiditätsengpässe. Daher ist der Saldo der Geschäftslage von 61 auf 44 Prozentpunkte gefallen.

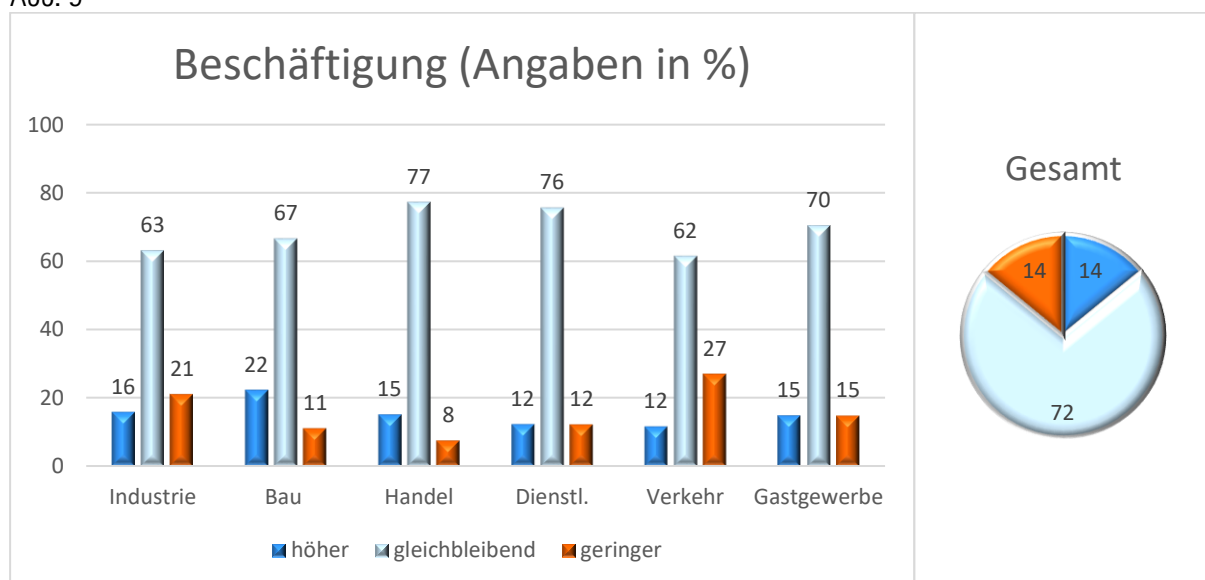


Viele Dienstleistungsbranchen, wie z. B. Versicherungsvermittler, Immobilienmakler oder Reisebüros müssen zur Durchführung ihrer Dienste kaum Vorleistungen einsetzen. Dies erklärt, warum das Dienstleistungsgewerbe von allen Branchen am wenigsten mit Lieferschwierigkeiten und Preisanstiegen von Vorprodukten zu kämpfen hat. Auch Energie- und Rohstoffe werden seltener als in den anderen Branchen zur Leistungserstellung benötigt und stehen daher nicht an erster Stelle unter den Geschäftsrisiken. Dort steht der Fachkräftemangel, aber der Anteil an Unternehmen, für die er ein Geschäftsrisiko darstellt, ist niedriger als im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. So ist es zu erklären, dass die Erwartungen im Dienstleistungsgewerbe sich zwar ebenfalls eingetrübt haben, aber dennoch optimistischer sind als in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt.

Die unterschiedliche Betroffenheit der Dienstleistungsunternehmen von coronabedingten Einschränkungen hat Einfluss auf ihre Investitionsbereitschaft, so dass einige ihre Investitionsausgaben steigern, andere kürzen. Der Saldo ist – wie schon in der Vorumfrage – ausgeglichen. Der Anteil an Unternehmen, die keine Investitionen planen, ist von 9 % auf 19 % angestiegen. Ein Drittel der Unternehmen hat dabei Erweiterungsinvestitionen im Blick.

Während die Umfrage im Herbst 2021 einen positiven Impuls der Dienstleistungsbranche auf die Beschäftigung erwarten ließ, ist von einem solchen zurzeit nicht auszugehen. Die Unternehmen, die ihre Beschäftigung zu erhöhen planen und die, die von einer geringeren Beschäftigtenzahl ausgehen, halten sich die Waage.

Abb. 9



Auch im Verkehrsgewerbe hat sich die Geschäftslage verschlechtert. Während im Güterverkehr die Auftragslage weiterhin gut ist, leiden die Personenverkehrsunternehmen, u. a. Taxis, Reisebusunternehmen wieder unter den coronabedingten Einschränkungen. Das Verkehrsgewerbe insgesamt ist besonders stark vom drastischen Anstieg der Energiepreise betroffen. Der Gewinnlagesaldo ist von +16 auf -23 Prozentpunkte zurückgegangen. Noch stärker als die konventionellen Kraftstoffe ist der Preis für LNG (Flüssigerdgas) in den letzten Monaten gestiegen. Viele Güterverkehrsunternehmen haben inzwischen mit Hilfe öffentlicher Förderung ihre Flotten zu einem signifikanten Anteil auf Flüssiggas umgestellt. Die Fahrzeuge sind aufgrund des hohen LNG-Preises bei den aktuellen Frachtraten wirtschaftlich allerdings nicht zu betreiben. Sie bleiben zum Teil ungenutzt auf den Betriebshöfen stehen. Das senkt die regionale Transportkapazität. Sind noch Dieselfahrzeuge im Unternehmen vorhanden, werden diese verstärkt auf langen Strecken eingesetzt, während die LNG-Fahrzeuge die Kurzstrecken übernehmen. Für die Fuhrunternehmen in der IHK-Region kommt als Wettbewerbsnachteil hinzu, dass die polnische Regierung als Antwort auf die Energiepreissteigerungen die Steuern auf Kraftstoffe temporär reduziert hat.

Wie in den anderen Branchen ist auch unter den Fuhrunternehmen die Unsicherheit darüber, mit welchen Energiepreisen in den kommenden 12 Monaten kalkuliert werden muss, sehr groß. Folglich stellt sich die

Energiepreisentwicklung als größtes Geschäftsrisiko dar. Das und auch die pandemiebedingten Unsicherheiten spiegeln sich in den Geschäftserwartungen der Verkehrsbetriebe wider: Sie sind von -1 auf nun -19 Prozentpunkte gefallen. Trotz der negativen Geschäftserwartungen ist die Investitionsbereitschaft überdurchschnittlich, der Investitionssaldo beträgt +4 Prozentpunkte. Gerade die Energiepreissteigerungen sind Anreiz zu Investitionen in energiesparende Fahrzeuge und so geben schon jetzt 25 % der Unternehmen Umweltschutz als Investitionsmotiv an. Soll Umweltschutz als Investitionsmotiv weiter an Bedeutung gewinnen, müssen den Unternehmen für die Nutzung CO<sub>2</sub>-armer Antriebe verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geboten werden.

Der Beschäftigungssaldo liegt bei -15 Prozentpunkten. Er ist Ausdruck des extremen Arbeitskräftemangels in der Branche. 69 % der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen.

Im Gastgewerbe reduzierte die Einführung von „2G+“ als Voraussetzung zum Betreten von Gaststätten und Hotels Anfang Dezember 2021 die Kundenzahlen, so dass sich für viele Unternehmen die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs nicht lohnt. Betriebliche Weihnachtsfeiern und große Silvesterfeiern konnten nicht durchgeführt werden. Die Finanzlage vieler Unternehmen wird erneut durch Eigenkapitalrückgang (48 %) und Liquiditätsengpässe (26 %) belastet. 8 % der Unternehmen geben an, dass ihnen die Zahlungsunfähigkeit drohe. Deshalb bewerten die Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage wieder sehr negativ. Der Lagesaldo beträgt -13 Prozentpunkte (H 21: +42 Prozentpunkte). 46 % der Unternehmen erwirtschaften ihren Umsatz teilweise über digitale Vertriebswege.

Die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate sind positiver als zum Jahresbeginn 2021, aber etwas negativer als aktuell im Durchschnitt der gewerblichen Wirtschaft. Dies lässt sich damit begründen, dass sich im Vergleich zum Vorjahr die Risiken, die das Gastgewerbe durch die Energie- und Rohstoffpreisentwicklung, den Fachkräftemangel und den Anstieg der Arbeitskosten sieht, verschärft haben. Gegenüber der gewerblichen Wirtschaft insgesamt klagt das Gastgewerbe seltener und in geringerem Ausmaß über Lieferschwierigkeiten, von Preisanstiegen bei Vorprodukten ist es ähnlich stark betroffen.

Die Investitionsbereitschaft ist mit einem Investitionssaldo von -16 Prozentpunkten ähnlich hoch wie vor einem Jahr, aber wesentlich schwächer als zur Vor-Corona-Zeit. Gut ein Fünftel der Unternehmen gibt an, dass keine Investitionsausgaben für die kommenden 12 Monate geplant sind. Bei der Vor-Corona-Umfrage vom Jahresbeginn 2020 hatten dies nur 8 % der Unternehmen gemeldet. Neben Ersatzinvestitionen spielen Produktinnovationen die größte Rolle. Die Gaststätten bieten z. B. vermehrt regionale und saisonale Speisen an. Umweltschutz wird schon seit mehreren Umfragen von etwa einem Viertel der Unternehmen als Investitionsmotiv angegeben. Damit sind u. a. Investitionen in energiesparende Lampen und Küchengeräte, umweltfreundliche Heizungssysteme oder Schwimmbadanlagen gemeint.

Der Fachkräftemangel trifft das Gastgewerbe besonders stark und die Corona-Krise hat die Situation nochmal verschärft. Arbeitskräfte, die während der Lockdowns nicht gehalten werden konnten, sind oft in anderen Branchen untergekommen und wollen aufgrund der ungünstigeren Arbeitszeiten nicht mehr zurück ins Gastgewerbe. Das Ausmaß des Fachkräftemangels wird sich aber erst nach Saisonstart im Frühjahr 2022 und nach Aufhebung der Coronabeschränkungen offenbaren.

## Zusammenfassung und Ausblick

- Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen hat sich deutlich verschlechtert und die Erwartungen für die kommenden 12 Monate sind pessimistisch. Hierzu mag beitragen, dass sich während der Pandemie schon viele Hoffnungen als falsch erwiesen haben. Ein schnelles Ende der Pandemie oder eine zügige Auflösung der Lieferkettenprobleme würde die Stimmung der Unternehmen rasch wieder heben.
- Die Energie- und Rohstoffpreise sind zum Geschäftsrisiko Nummer Eins geworden.
- Lieferschwierigkeiten bei Rohstoffen und Vorprodukten bewirken, dass der wirtschaftliche Aufschwung, den die gute Auftragslage in der Industrie und im Baugewerbe ermöglichen würde, sich nicht realisieren kann.
- Die Unternehmen fahren auf Sicht. Unklare Öffnungsperspektiven von pandemiebedingt eingeschränkten Unternehmen und Unsicherheit darüber, wann Lieferketten sowie Rohstoff- und Energiepreise sich wieder normalisieren, schaffen nicht die Investitionsatmosphäre, die für einen kräftigen Aufschwung nötig wäre. Das ist umso gravierender, als die zu erwartenden Zinserhöhungen im Euroraum den Unternehmen Anreize setzen, möglichst bald zu investieren. Es besteht die Gefahr, dass diese Anreize ungenutzt verpuffen.
- Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist ein anhaltendes Hindernis für die Wirtschaftsentwicklung in der Region. Nach Überwinden der Pandemie wird sich dieses Problem mit noch größerer Dringlichkeit zeigen.

**IHK Neubrandenburg**  
für das östliche Mecklenburg-Vorpommern  
Katharinenstraße 48  
17033 Neubrandenburg

Postanschrift:  
Postfach 11 02 53  
17042 Neubrandenburg

Frau Dr. Dorothea Lucke  
Wirtschaft/Arbeit  
Tel. 0395 5597-203  
Fax 0395 5597-513  
E-Mail [dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de](mailto:dorothea.lucke@neubrandenburg.ihk.de)  
[www.neubrandenburg.ihk.de](http://www.neubrandenburg.ihk.de)

